

28.12.2020

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 4688 vom 19. November 2020

der Abgeordneten Gabriele Hammelrath, Jochen Ott und Eva-Maria Voigt-Küppers SPD
Drucksache 17/11964

Neues Fach, keine Lehrkräfte?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

In einem Interview mit der WirtschaftsWoche¹ stellt Staatssekretär Richter das neue Fach Wirtschaft-Politik vor, welches zum Beginn des aktuellen Schuljahres an allen weiterführenden Schulen eingeführt wurde.

Keine der Hochschulen in NRW, die Lehramtsstudiengänge für die weiterführenden Schulen anbieten, hat bislang ein Fach Wirtschaft im Angebot. Grundständig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer gibt es für dieses Fach dementsprechend nicht. Lehrkräfte mit einer Fakultas für das Fach Sozialwissenschaften dürfen Wirtschaft-Politik nur vertretungsweise unterrichten. Für sie besteht laut dem Staatssekretär die Möglichkeit über die Bezirksregierungen einjährige Zertifikatskurse zu nutzen, um eine unbefristete Unterrichtserlaubnis für das neue Fach zu erhalten. Fortbildungen sind jedoch nicht verpflichtend.

Die Ministerin für Schule und Bildung hat die Kleine Anfrage 4688 mit Schreiben vom 28. Dezember 2020 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Ministerin für Kultur und Wissenschaft beantwortet.

- 1. Wie viele Lehrerinnen und Lehrer mit einer Fakultas für das Fach Sozialwissenschaften sind betroffen bzw. können das neue Fach Wirtschaft-Politik ausschließlich vertretungsweise unterrichten? (Bitte nach Bezirksregierungen aufschlüsseln.)***
- 4. Wie möchte die Landesregierung verhindern, dass der Anteil des fachfremden Unterrichts in diesem Bereich weiter zunimmt?***

Aus Gründen des Sachzusammenhangs werden die Fragen 1 und 4 zusammen beantwortet:

Die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer mit dem Aus- oder Fortbildungsfach „Sozialwissenschaften (Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaft)“ kann, untergliedert nach Bezirksregierungen, der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

¹ „Die Kritik am Schulfach Wirtschaft ist gegenstandslos.“, in: WirtschaftsWoche <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/bildungspolitik-die-kritik-am-schulfach-wirtschaft-ist-gegenstandslos/26062684.html> 3.08.2020.

**Zahl der Lehrkräfte mit dem Aus- und
Fortbildungsfach "Sozialwissenschaften" nach
Regierungsbezirken**

Regierungsbezirk	Lehrkräfte
Reg.-Bez. Düsseldorf	2.677
Reg.-Bez. Köln	2.555
Reg.-Bez. Münster	1.396
Reg.-Bez. Detmold	1.121
Reg.-Bez. Arnsberg	1.856
insgesamt	9.605

Quelle : Amtliche Schuldaten 2019/20

Insgesamt 9.605 Lehrerinnen und Lehrer mit dieser Lehrbefähigung haben demnach im Sinne der Aussagen im zitierten Interview die nötigen Voraussetzungen, das schulische Fach „Wirtschaft-Politik“ fachgerecht zu unterrichten. Ihr Unterricht ist in diesem Sinne nicht „fachfremd“. Unabhängig davon können sie noch nicht über eine Lehrbefähigung in dem neuen Fach der Lehrerausbildung (ebenfalls „Wirtschaft-Politik“) verfügen, dessen Einführung in der Lehramtszugangsverordnung (LZV) geplant ist; diese wird mittelfristig zu einer passgenaueren Ausbildung führen.

- 2. Wie viele Lehrerinnen und Lehrer können den angesprochenen Zertifikatskurs maximal belegen und abschließen? (Bitte aufschlüsseln nach Bezirksregierungen.)**
- 3. Wie gedenkt die Landesregierung die „Lücke“, d.h. die Zeit in der es keine grundständig ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer im Fach Wirtschaft-Politik gibt, zu überbrücken?**

Aus Gründen des Sachzusammenhangs werden die Fragen 2 und 3 zusammen beantwortet:

Vor dem oben dargestellten Hintergrund entsteht in den kommenden Jahren keine „Lücke“ bei der Absicherung des Unterrichts. Neue Akzentuierungen können sich Lehrkräfte berufs begleitend durch Fortbildung, unter anderem in den Zertifikatskursen „Wirtschaft-Politik“, aneignen.

Derzeit bietet die Bezirksregierung Köln bereits einen Zertifikatskurs „Wirtschaft-Politik“ mit 20 Plätzen an. Daran nehmen auch einzelne Lehrkräfte aus den Regierungsbezirken Arnsberg, Düsseldorf und Münster teil. Das Angebot wird im nächsten Schuljahr auf 40 Plätze vergrößert werden; die Bezirksregierungen Arnsberg, Detmold und Münster planen zudem die Einrichtung eines gemeinsamen Zertifikatskurses mit bis zu 25 Plätzen.

Unabhängig vom dargestellten Angebot an Zertifikatskursen bietet die staatliche Lehrerfortbildung verschiedene passgenaue fachliche Fortbildungen zu speziellen Themen der schulischen Fächer „Sozialwissenschaften“ und „Wirtschaft-Politik“ an.

Zusätzlich existieren zahlreiche externe Fortbildungsangebote z. B. von Universitäten, der Deutschen Bundesbank oder verschiedenen Verbänden und Stiftungen. In diesen Fällen entscheiden die Schulen eigenverantwortlich darüber, ob eine Teilnahme für sie in Betracht kommt und ob sie das ihnen zur Verfügung stehende Fortbildungsbudget hierfür einsetzen.

Daneben haben Hochschulen die Möglichkeit, einen Erweiterungsstudiengang "Wirtschaft" nach § 1 Abs. 4 LZV einzuführen. Verschiedene Hochschulen prüfen derzeit eine kurzfristige Einführung, die dann bei entsprechender Studierwilligkeit in wenigen Jahren zu Absolventinnen und Absolventen mit besonderer Expertise führen kann.

5. Wann rechnet die Landesregierung mit den ersten grundständig ausgebildeten Lehrkräften im Fach Wirtschaft-Politik, wenn zunächst die Lehramtszugangsverordnungen überarbeitet werden müssen, die Hochschule das Fach erst einführen und anschließend noch akkreditieren lassen müssen?

Die ersten „grundständig“ ausgebildeten Lehrkräfte im Fach Wirtschaft-Politik werden im Jahr 2028 erwartet, Studienabsolventinnen und Studienabsolventen im Vorbereitungsdienst mit selbstständigem Unterricht im Jahr 2026. Im zitierten Interview wird betont, dass im Rahmen der bisherigen Ausbildung akkreditierte Studiengänge bis auf Weiteres angeboten werden können und auch die in den nächsten Jahren noch zu erwerbenden Abschlüsse ihre Gültigkeit behalten (insofern genießen Studierende Vertrauensschutz). Für Neueinführungen oder -profilierungen von schulischen Unterrichtsfächern wurden auch schon in der Vergangenheit bestimmte Vorlaufzeiten benötigt, weil durch Maßnahmen in der Lehrerausbildung lediglich mittelfristige Wirkungen in Schulen entstehen können.